

**Abg. Tassis (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder dieses Hohen Hauses!  
Es ist schlichtweg merkwürdig, des Merkens würdig, dass Vertreter des Bundeslandes vor dem Banner der internationalen Gemeinschaft Milli Görüs Reden halten. Diese internationale Gemeinschaft gehört bekämpft und nicht besucht. Die Milli Görüs vertritt folgendes Konzept - ich zitiere aus dem Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2014:

„Nach diesem Konzept verkörpert die westliche Welt die Ordnung des ‚Unrechts‘, die ... ihre Vorläufer in der ägyptisch-pharaonischen, griechischen und römischen Ordnung hat und langfristig von der islamischen Ordnung abgelöst werden soll.“ Diese „gerechte Ordnung“, die sämtliche Lebensbereiche umfasst, soll über die Zwischenstufen „Eine lebenswerte Türkei“, „Eine wiedererstarke Türkei“, „Eine neue Welt“ verwirklicht werden.

Ich frage Sie, liebe Kollegen, wann Sie denn den Auflösungsbeschluss für die Demokratie als Teil dieser abendländischen Wertetradition beschließen, da Ihre Unterwerfung unter diesen Plan doch wohl stattgefunden hat, wenn man vor dem Banner einer solchen Organisation redet.

Ich zitiere noch einmal aus dem Verfassungsschutzbericht: „Das Konzept“ der IGMG „ist stark mit ... antijüdischen Stereotypen wie der ... ‚jüdischen Weltverschwörung‘ durchsetzt.“

(Abg. Tschöpe [SPD]: Was zitiert er da?)

Da muss man sich gewiss keine Sorgen um die verfassungsmäßige Ausrichtung des Landesverbandes der AfD in Bremen machen, sondern vielleicht vielmehr der SPD in Bremen - im Gegensatz zu anderen Landesverbänden, so zum Beispiel der Sozialdemokratin Sigrid Herrmann-Marschall, die sehr mutig vor der Milli Görüs mit folgenden Worten warnt: „Man darf das“, gemeint ist das Vorgehen der IGMG, „durchaus so verstehen, dass da die Hand zu gleichen Rechten zurückgewiesen wurde um der eigenen, selbstempfundenen und religiös-fundamentalistisch untermauerten Höherberechtigung Willen“.

Die Bremer Politik, die SPD unterwirft sich willenslos dieser Höherberechtigung. Die hessische Sozialdemokratin vielmehr nennt ihre mutige Webseite „Vorwärts und nicht vergessen“. Die Bremer SPD scheint aber ihre Tradition vergessen zu haben und stellt sich auf die Seite - um ihre Sprache zu benutzen - der blutigsten Reaktion. Es ist notwendig, dass andere Parteien wie die AfD den Kampf gegen unfreiheitliche Religionsauffassungen für Sie nun weiterführen müssen. - Vielen Dank!

(Abg. Senkal [SPD]: Der Kampf hat begonnen! - Lachen bei der SPD)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.